

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erstet wöchentlich zweimal und Mittwoch:
Sonabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die
Belehrteten, die Zeitungsboten und die
Geschäftsstellen, Ferngeschäft, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. verbleibt jeder Anspruch auf Ver-
sicherung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Ämliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einfach, Umlagefrei, Schwere-
zeilen und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeshalt.

Nr. 23.

Mittwoch, den 19. März 1924.

27. Jahrg.

Englisch-französisches Liebesding.

Es wäre für Poincaré ein Glück, wäre für ihn aber auch
die beste Plattform für die französischen Wahlen, wenn es
ihm gelingen würde, sich mit Macdonald zu „verständigen“.
Verständigen naturgemäß auf Kosten Englands, ver-
ständigen in einer Art, die Frankreich völlig freie Hand in
seinem Verhältnis zu Deutschland läßt, die andererseits auch
das französische Ziel eines englisch-französischen Schutzes
in Frankreich erfüllt. Damit wäre das außerordentliche Ziel
der französischen Sicherheitspolitik erreicht, das schon von
Clemenceau bei den Verhandlungen über den Versailler
Frieden verfolgt worden ist. Offiziell verläutet, daß wir
vielleicht schon sehr bald den Abschluß eines solchen eng-
lisch-französischen Garantieabkommens er-
leben sollen. Die Voraussetzungen dazu sind von England
schon geschaffen worden durch die Militärkontroll-Note, die
die Verewigung der internationalen Militärkontrolle in
Deutschland bringen soll. Denn der erste Punkt eines solchen
Garantieabkommens soll nämlich der sein, daß für zu sorgen,
daß die Völkervereinigung Deutschlands, daß seine mili-
tärliche Ohnmacht erhalten bleibt.

Auch der zweite Punkt wird von England zweifellos
ohne jedes Bedenken genehmigt werden, das ist die mili-
tärliche Neutralisierung des Rheinlandes unter der Aufsicht des Völkerbundes. Auch das ist ein alter
französischer Vorstoß, der seitlich erst in dem Augenblick
gemacht wurde, als man sah, daß die Abspaltung des Rhein-
landes von Deutschland doch nicht so ganz einfach vor sich
gehen würde. Man wird in der Veranzenung der neutrali-
sierenden Abzweigung wohl nicht allzu bescheiden sein, wird vor
allem die rechtsrheinische Metallindustrie, vor allem natür-
lich Essen in diese Zone einschließen; denn diese militärische
Neutralisierung wird sich selbstverständlich vor allem auf die
„Nahrungsfaktoren“ erstrecken.

Der dritte Punkt eines solchen Garantieabkommens soll
noch eine ausdrückliche Garantie der Grenzen
ausprechen, wie sie vom Versailler Vertrag und durch die
spätere Entwicklung geschaffen worden sind. Damit erreicht
sich dieses Abkommen in seinen letzten Zielen auch auf das
System von Bündnissen und Verträgen, die Frankreich mit
den Staaten im Osten und Südosten Deutschlands, vor allem
Polen und Tschschlowenka abgeschlossen hat. Denn das
Bündnis, das diese Grenzen garantiert, soll in militärische
Wirksamkeit treten, wenn von deutscher Seite ein Angriff er-
folgen sollte, ein Angriff, der sich naturgemäß gegen den
Träger dieses ganzen Bündnisystems, nämlich Frankreich
richten wird.

Diese Worte zu sagen, genügt schon, um zu zeigen, wie
abstrus sie sind. Aber man kann naturgemäß glänzende
Wahlpolitik treiben, wenn man darauf verweisen kann, daß
Poincaré und die Seinen durch ein solches Schutz- und
Trugbündnis mit England, Frankreichs heiligen Boden da-
vor bewahren, zum zweiten Male von den Deutschen über-
fallen zu werden. In Wirklichkeit, aber im stillen Räm-
meln lächelt ja Poincaré selbst über die Absurdität eines
deutschen „Angriffs“. Das Entscheidende bei diesem eng-
lisch-französischen Bündnis liegt überhaupt darin, daß man
das englische Hindernis damit aus dem Wege räumen will,
daß England in dieses französische Bündnisystem hineinver-
flochten werden soll und so als Gegner der französischen
Kontinentalpolitik, vor allem der französischen Politik
gegenüber Deutschland nicht mehr in Frage kommt. Wenn
England bisher ja auch noch keinen wirklichen Versuch ge-
macht hat, sich Frankreichs hindernd in den Weg zu stellen,
sich vielmehr damit begnügt, billige Worte zum Nutzen
Deutschlands zu verschütten, so ist doch auch dieses Ent-
gegenstehen in Worten etwas, was man in Paris doch ganz
gerne aus dem Wege räumen will.

Eine derartige Festlegung Englands vor den französi-
schen Bündnisfragen wäre also ein außerordentlich politi-
scher Erfolg Frankreichs und soll als solcher bei den Wahlen
gewertet werden. Die Stellung Poincarés ist durch die letz-
ten Bestimmungen doch bereit erfüllt, daß er irgend
einen großen Erfolg braucht, um sich auf dem föderlich wer-
denden Caed wieder etwas fester in den Sattel zu setzen.
Und Macdonald, dessen Nachgiebigkeit französischen
Ansprüchen gegenüber in der Militärkontroll-Note schon
überdeutlich zum Ausdruck kam, wird gegen eine
Klause, die vielleicht nicht einzuzwängen ist, besonders
dann nicht, wenn der Völkerverbund seinen Segen dazu geben
soll, wenn diesem wieder einmal eine besondere Aufgabe er-
bleibt, die natürlich lediglich dem „Frieden und der Wohl-
fahrt“ der Völker dient.

Reichstagswahlen am 4. Mai.

Berlin, 14. März. Der Reichspräsident hat auf
Grund des § 8 des Reichswahlgesetzes heute veranlaßt, daß
die Hauptwahlen zum Reichstag am 4. Mai stattfinden.
Zur Durchführung der Wahl und Sicherstellung des Wahl-
ortes im belegten Gebiet sind sofort die nötigen diplomatischen
Maßnahmen eingeleitet worden.

Der Beginn des Wahlkampfes.

Berlin, 15. März. Nachdem es den Schriften der
Deutschen Volkspartei nun doch gelungen ist, den
Termin für die Reichstagswahlen schon auf den 4. Mai
festzusetzen, und alle Bedenken wegen der an diesem Tage
eigentlich stattfindenden Gemeindevahlen beseitigt zu scheitern,
setzt der Wahlkampf fast aller Parteien mit Energie ein.
Die „Germania“ bringt den Wahlausruf des Zentrums,
die Demokratische Partei beruft für den 24. März Vorstand
und Wahlkreisvorsitzende zur Festlegung der Wahllisten zu-
sammen, die Deutsche Volkspartei hält ihren Parteitag am
28. März in Hannover ab, ihr Parteivorstand tritt heute,
der Wahlausruf am 23. März in Berlin zusammen.
Auch auf der linken Seite eine ganz intensive Wahl-
propaganda ein. Nur die Deutsche nationale Volkspartei
scheint es nicht so eilig zu haben, trotzdem gerade sie auf
den frühesten Wahlermin drängt. Ihre Wahlkampagne
wird erst am 1. April mit dem Parteitage in Hamburg er-
öffnet werden, nachdem sie am Sonntag, dem 30. März
am Grabe Bismarcks eine Feier abgehalten hat.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

† Reichsminister a. D. Dr. Dernburg ist im Wahlkreise
No. 24 am 11 als Spitzenkandidat der Deutschdemokratischen
Partei aufgestellt worden. Herr v. Siemens wurde in
gleicher Eigenschaft für Berlin benannt, für Düsseldorf-
Eickeln, für Westfalen, Aach, für Schleswig-Hol-
stein: Graf Bernstorff, für Mecklenburg: General Freiherr
v. Sponhoff, für Hannover: Freiherr v. Rüdiger, für
Wolgaburg: Schiffer.

† Die Deutsche Volkspartei stellt als Spitzenkandidaten für
Potsdam I Gouverneur S ch n e auf, für Breslau ziemlich
sicher Frhn. v. Rheinbaben, für Weidenfeld Dr. Hugo, für
Sachsen Minister a. D. Bedet.

† Keine Kandidatur Koste. Der sozialdemokratische
Parteivorstand hat unter dem starken Widerspruch gegen die
in Hannover aufgestellte Kandidatur Koste nachgegeben und
die Kandidatur abgelehnt. Begründet wird die Ablehnung
mit dem Hinweis, daß Koste durch sein Amt als Oberpräsi-
dent vollumfänglich Anspruch genommen sei.

Entspannung in der Pfalz.

Was der Untersuchungsausschuss feststellte
Nach einer französischen Meldung aus Koblenz ist
der Sonderausschuss, der von der Rheinland-
kommission nach der Pfalz entsandt worden war, wieder
in Koblenz eingetroffen. Er hat der Kommission über
seine Nachforschungen Bericht erstattet. Der Ausschuss
hatte sich im Verlauf der letzten Woche in verschiedene
Städte der Rheinpfalz begeben und mit zahlreichen Per-
sönlichkeiten der Pfalz in Verbindung getreten. Er hat festgestellt,
daß zwischen sämtlichen Mitgliedern der Interalliierten Kom-
mission und der lokalen Ortsbehörden völlige Ein-
vernehmen zur Wiederherstellung der
Ordnung besteht und im übrigen eine Entspan-
nung der Lage eingetreten sei. Die Rheinland-
kommission steht die Aufgabe des Ausschusses als be-
endet an.

Im Gegenfah zu dieser Meldung stehen Nachrichten
aus Worms an. Die Nachpforte von 8 Uhr abends
bis 5 Uhr früh dauert an. Die Verhandlungen gehen noch
fort. Freilassungen von Verhafteten werden nur vor-
genommen, wenn die Verhafteten einen Beweis in fran-
zösischer Sprache unterschreiben, von dem vermutet wird,
daß mit ihm Mißbrauch verübt wird. Die Separatisten
befinden sich noch im Rathaus.

Griechenland Republik.

Verständigung der Parteien.

Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien,
auch mit den Monarchisten, sollen zur Verständigung geführt
haben. Der König wird aufgefordert, freu-
willig abzudunkeln. Man soll das Recht verbleiben,
bis zum Lebensende den Titel eines Königs zu führen mit
der Befugnis, vier Fünftel seiner gegenwärtigen Kräfte
zu erheben und über die Glieder der Armee frei zu verfügen,
wobei Latot ausgenommen wird, das vom Staate ange-
kauft werden soll. Weitere Bedingung ist der Verzicht aller
Mitglieder des Herrscherhauses auf die Thronfolge. Der
jüngere Friede soll durch folgende Bedingungen erreicht wer-
den: Allgemeine Amnestie, Wiedereinsetzung der entlassenen
Offiziere der Armee und Flotte und der Beamten nach Besat-
zung der Möglichkeit; Verkündung der Republik durch die
Nationalversammlung und ihre Bestätigung durch Volksent-
scheid; Wahl von James oder einer anderen allgemein ge-
nehmen Persönlichkeit zum Präsidenten; Errichtung eines
Senats, in dem den Monarchisten zwei Fünftel der Sitze
vorbehalten werden; Wahlen zum Parlament unter einer
neutralen Regierung.
Die Bedingungen sind durch das Ministerium bereits
an den in Warschau weilenden König mitgeteilt.

Amerikanischer Kredit für Frankreich.

Poincarés Zugeständnisse.

Die Ankunft des amerikanischen Finanzmannes Mor-
gan in Paris hat die in jüngster Zeit lebhaft gehährten
Spekulationen auf einen amerikanischen Kredit an Frankreich
aufzuwachen lassen. Die Franzosen und der übrige schlechte
Finanzstand drücken zu sehr.

Poincaré soll, wie bestimmt berichtet wird, bereit sein,
für einen ausstehenden Kredit Amerikas, vielleicht im
Bunde mit England, auf einen Teil seiner bisher über-
triebenen Reparationsansprüche zu verzichten und noch zu
fordern: Als Reparationssumme nur den vierfachen Kriegs-
schaden Frankreichs.

Dazu kämen die bekannten Sicherheitsmaßnahmen
gegen Deutschland, deren Hintergrund die heile Schmach
nach einem Bündnis und Garantievertrag mit England ist.
Das amerikanische Staatsdepartement soll geneigt sein, den
Kredit an Frankreich zu unterstellen.

Neuregelung der Polizeistunde.

Zu ganzen Reich.

Nach einer Mitteilung von amtlicher Stelle besteht die
Absicht, eine gleichmäßige Neuregelung der Polizeistunde
für das ganze Reichsgebiet vorzunehmen. Es werden
deshalb Verhandlungen mit den Ländern
eingeleitet.

In Berlin soll in den ersten Tagen des April die
Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr nachts bereits
erfolgen, die bis jetzt auf 12 Uhr festgesetzt war. In den
sonstigen Orten des Reichs sind die Verhältnisse bis jetzt
je nach den Landesbestimmungen verschieden.

Quidde unter Landesverratsanklage.

München, 17. März.

Nach einer amtlichen Meldung wurde der bekannte
Passist Professor Dr. Quidde gestern auf Anordnung der
Staatsanwaltschaft München verhaftet. Die Festnahme
geschah im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung in der
Berliner „Welt am Montag“ vom 10. März. Die gleiche
Abhandlung hat Quidde auch als Flugblatt drucken lassen
und in die Presse des Auslandes gelangt.

Der französische Artikel in dem Berliner Montagblatt trug
den Titel „Die Gefahr der Stunde“ und brachte eine Unter-
suchung über die Frage der Rüstungen. Professor Dr.
Quidde kommt dabei auch auf die Beschäftigung des
Reichswehrministeriums zu sprechen und deutet an — so
wird der Artikel aufgeführt — daß überall mit Duldung des
Reichswehrministeriums Truppen ausgebildet würden. Damit
würden die bestehenden Verträge verletzt und die Wege zum
Frieden verunreinigt.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Wählerlisten für die Wahlen zur Gemeindevertretung liegen in der Zeit vom 20. März bis einschl. 2. April von vorm. 9 Uhr bis nachm. 1 Uhr im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aus.

Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Listen bei uns schriftlich oder protokolllarisch Einspruch erheben.

Annaburg, den 17. März 1924.

Der Gemeinde-Vorstand.

Betr. Gemeindevertreter-Wahlen.

Auf Grund der Wahlordnung für die Wahl zur Gemeinde-Vertretung v. 13. 2. 1924 fordern wir hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlügen an den Unterzeichneten, als Vorsitzenden des Wahlausschusses auf.

Wahlberechtigt sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk Annaburg am Wahltag seit 6 Monaten ununterbrochen ihren Wohnsitz haben, und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht und nicht wählbar sind: a) wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht; b) wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt.

Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Es sind 15 (fünfzehn) Mitglieder der Gemeindevertretung zu wählen. Die Wahlvorschlüge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

Hinsichtlich der Wahlvorschlüge ist zu beachten.

1. In den Wahlvorschlügen sollen die Bewerber mit Zu- und Vorname aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben sein, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

2. Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 10 in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein.

3. Jeder Wahlvorschlag soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, daß ihn von allen anderen Wahlvorschlügen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

4. In jedem Wahlvorschlüge muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zu Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichneten des Wahlvorschlüges schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an Stelle des früheren Vertrauensmannes; sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

5. Eine Verbindung von Wahlvorschlügen findet nicht statt. Mit den Wahlvorschlügen sind einzureichen:

a) Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlüge zustimmen.

b) Die Bescheinigung des Gemeinde-Vorstandes, daß die Bewerber das 25. Jahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde Annaburg ununterbrochen seit 6 Monaten wohnen und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ferner darüber, daß Bewerber in der Bürgerliste eingetragen sind.

Die Wahlvorschlüge sind bis einschl. 4. April 1924, spätestens, einzureichen.

Annaburg, den 17. März 1924.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Bekanntmachung.

Betr. Gemeindevertreter-Wahlen.

Hierdurch bringen wir zur Kenntnis, daß die Gemeinde Annaburg in 2 Stimmbezirke eingeteilt ist.

Der erste Stimmbezirk umfaßt:

Baderei, Schloß, Volksschule, Markt, Hindenburgstraße, Torgauerstr., Gärtnerstr., Bahnhofstr., Gosanfall-, Friedhofstr., Lohausstr., Feldstr., Ulmenstr., Adlerstraße, Hofstraße und Wegelstr.

Wahlvorsitzer: Herr Schöffe Duche, Stellvertreter: Herr Schöffe Schulze.

Wahllokal: Gastwirthshof von Herrn Kase.

Der 2. Stimmbezirk umfaßt:

Windmühlen, Gertrudshof, Fichernia, Hinterstr., Goldborferstr., Töpferstr., Planweg, Am Neugraben, Niederstr., Hohestr., Miltelstr., Mühlenstr. und Schweinigerstr.

Wahlvorsitzer: Herr Schöffe Riehlhofs, Stellvertreter Herr Schöffe Eid,

Wahllokal: Gasthof „Goldener Ring“.

Vorstehendes wird mit dem Hinzufügen veröffentlicht, daß die Wahlen am Sonntag, den 4. Mai 1924, in der Zeit von nachmittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr stattfinden. Annaburg, den 17. März 1924.

Der Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Die mit der Zahlung der staatlichen Grundvermögenssteuer für März 1924 im Rückstande befindlichen Steuerpflichtigen werden aufgefordert, diese bis spätestens am 22. d. Mts. an unsere Gemeindekasse zu zahlen, widrigenfalls ohne weiteren Aufschub zur Pfändung oder den sonst zulässigen Zwangsmitteln geschritten wird.

Eine Vergebung von Mahngeldern findet nicht statt. Annaburg, den 18. März 1924.

Der Gemeinde-Vorstand.

Oberförsterei Tiergarten verleiht am Donnerstag d. 20. März 1924 vorm. 10 Uhr im Oberförsterei-Geschäftszimmer in Annaburg öffentlich meistbietend: 1 Fuchsbalg, 1 Rothirsch-Wäher-Geweid und 1 Rothirsch-Werwurfs-Stange.

Ein noch brauchbarer kleiner Kuhwagen steht zum Verkauf. Wo? fragt die Exped. d. Bl.

ferkel,
6 Wochen alt, gibt ab
Schurig, Markt.

Stalldünger
kauft laufend zu höchsten Preisen
Böttcher,
Bäumtschule Naundorf.

Brikets
aus ankommander Ladung empfiehlt
R. Bengsch.

Achtung!
Jetzt ist die beste Zeit zur Anpflanzung der Himserpflanzen.
Empfehle hierzu meine Universal-Erdmischung auch sind alle Sämereien in bester Keimkraft und Sorteneinheit zu haben in Ross's Gärtnerei.

Brikets
sind wieder eingetroffen.
F. G. Frischke.

Vergessen!
Sie bitte nicht! Freitag Vorm. ist Einkaufstag bei Adolf Weicholt.

Habe die Vertretung der **Kodersdorfer Werke** übernommen und empfehle vorzügliches **Dachsteinmaterial** in stahlharten Erdglasuren: braun, blau, schwarz und kupferfarbig, — sowie rot engobiert. —
Spezialität: **Muldenfalzziegel.**
Muster und Preise jederzeit zur Verfügung.
Friedrich Krösch
Architekt und Maurermeister
Annaburg. Fernsprecher Nr. 60.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen. Ersatzteile und Räder stets vorrätig.
Solide Preisle.
Zentrifugen :: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Dachpappe, 10 m-Rolle 3,25 M.
Teer, Klebmasse, Karbolinum
Nägel, Rohrgewebe, Gips
Weißkalk :: Zementkalk
Pa. Portland-Zement
Krippenshalten :: Deckensteine
stets vorrätig und preiswert empfiehlt
Wilh. Kunze,
Dampfsägewerk, Holzhandl., Baugehäft,
Baumaterialien,
Sau- und Möbel-Eislerei.
Fernsprecher Nr. 5.

Möbel-Transporte
per Bahn und Wäse führt aus
Otto Knochenhauer
Lebenwerba
Fennel 45.
Man verlange Kostenanschlag.
Schiefer tafeln
empfiehlt S. Steinbeiß.
Butterbrotpapier,
in Rollen und Bogen, wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Geschäftseröffnung!
Den werken Einwohnern von Annaburg und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich **Niederstraße 37** eine

Reparaturwerkstatt für Fahrräder eröffnet habe. Ferner empfehle mich zur Ausführung sämtlicher **Schloßer- und Installationsarbeiten.** Ich bitte nun höchst mein Unternehmen günstig unterstützen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, stets schnellste, laudere Arbeit zu soliden Preisen zu liefern.

Hochachtungsvoll
Wilh. Ilstz.
Lüchtige, redewandte Herren als **Vertreter** einer größeren Firma gegen festen Gehalt und Provision gesucht. Angebote unter H. 257 an die „Torgauer Zeitung“, Torgau a. Elbe.

Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen, Kinderwagen, Sprechapparate und Platten.
Jedes alte Fahrrad wird wie neu hergestellt in meiner **Reparaturwerkstatt und Emallieranstalt.**
Fritz Rödler, Annaburg,
Fernsprecher Nr. 53.

Zahn-Atelier
Georg Consentius, Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
Telefon Nr. 22

empfiehlt sich zur Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, Jede Art künstl. Zahnersatzes
Behandlung für Frauenkassen.
Sprechstunden täglich 9-3 Uhr.

Für die anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.
Richard Lehmann und Frau
Martha geb. Höhne.
Annaburg, den 17. März 1924.

Grüne Heringe und Seefische
tiefsten Ende der Woche wieder ein.
J. G. Fritzsche.

Donnerstag früh empfehle **grüne Heringe**
aus freier Sendung.
Theobald Schunke.

Zur Konfirmation!
Gesangbücher
in eleganten Einbänden von 2,40 M. an in allen Preislagen empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Deutsch-Nationale Volkspartei.
Ortsgruppe Annaburg.
Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr
Mitalieder-Versammlung
im „Waldschlößchen“.
Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Rechnungslegung.
Freunde und Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Annaburger Lichtspiel-Haus.
Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr:
Mitwirkung des gesamten Rohr'schen Orchesters.

Das wundervolle Drama in orientalisch. Ausstattung:
Die Favoritin des Scheich.
7 lange Akte. Sehenswert! 7 lange Akte.
Detektiv Knallhorn's Erlebnisse.
Ein Lustspiel zum Totlachen.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich.
Alfred Hoffmann und Frau
Gertrud geb. Röhrborn.
Annaburg, den 17. März 1924.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal am Mittwoch: Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Befellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Postamtstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Ämliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 15 Goldpfennig, einseitig, Umgelegt, Schwerezeit und tabellarischer Satz mit Ausschlag.

Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeshall.

Nr. 23.

Mittwoch, den 19. März 1924.

27. Jahrg.

Englisch-französisches Liebärgeln.

Es wäre für Poincaré ein Sieg, wäre für ihn aber auch die beste Plattform für die französischen Wähler, wenn es ihm gelingen würde, sich mit Macdonald zu „verständigen“. Verständigen naturgemäß auf Kosten Englands, verständigen in einer Art, die Frankreich völlig freie Hand in seinem Verhältnis zu Deutschland läßt, die andererseits auch das französische Ziel eines englisch-französischen Schutzes des Erntebundes erfüllt. Damit wäre das außenpolitische Ziel der französischen Sicherheitspolitik erreicht, das schon von Clemenceau bei den Verhandlungen über den Versailler Frieden verfolgt worden ist. Offiziell verlautet, daß wir vielleicht schon sehr bald den Abschluß eines solchen englisch-französischen Garantieabkommens erleben sollen. Die Voraussetzungen dazu sind von England schon geschaffen worden durch die Militärkontroll-Note, die die Verwirklichung der internationalen Militärkontrolle in Deutschland bringen soll. Denn der erste Punkt eines solchen Garantieabkommens, nämlich der sein, dafür zu sorgen, daß die Verwirklichung Deutschlands, daß seine militärische Ohnmacht erhalten bleibt.

Auch der zweite Punkt wird von England zweifellos ohne jedes Bedenken genehmigt werden, das ist die militärische Neutralisierung des Rheinlandes unter der Aufsicht des Völkerbundes. Auch das ist ein alter französischer Vorstoß, der seitlich erst in dem Augenblick gemacht wurde, als man sah, daß die Abspaltung des Rheinlandes von Deutschland doch nicht so ganz einfach vor sich gehen könne. Man wird in der Verwirklichung der neutralisierenden Missionen wohl nicht allzu bescheiden sein, wird vor allem die rechtliche Neutralisierung des Rheinlandes, vor allem natürlich Essen in diese Zone einbeziehen; denn diese militärische Neutralisierung wird sich selbstverständlich vor allem auf die „Nährungsarbeiten“ erstrecken.

Der dritte Punkt eines solchen Garantieabkommens soll noch eine ausdrückliche Garantie der Grenzen ausprechen, wie sie vom Versailler Vertrag und durch die spätere Entwicklung geschaffen worden sind. Damit erreicht sich dieses Abkommen in seinen letzten Zielen auch auf das System von Bündnissen und Verträgen, die Frankreich mit den Staaten im Osten und Südosten Deutschlands, vor allem Polen und Tschechoslowakei abgeschlossen hat. Denn das Bündnis, das die Grenzen garantiert, soll in militärische Wirksamkeit treten, wenn von deutscher Seite ein Angriff erfolgen sollte, ein Angriff, der sich naturgemäß gegen den Träger dieses ganzen Bündnisystems, nämlich Frankreich richten wird.

Diese Worte zu sagen, genügt schon, um zu zeigen, wie absurd sie sind. Aber man kann naturgemäß glänzende Wahlpolitik treiben, wenn man darauf verweisen kann, daß Poincaré und die Seinen durch ein solches Schutz- und Trutzbündnis mit England, Frankreichs heiligen Boden davor bewahren, zum zweiten Male von den Deutschen überfallen zu werden. In Wirklichkeit, aber im Stillen, hat die französische Politik seit Poincarés Selbst über die Möglichkeit eines deutschen Angriffs. Das Entscheidende bei diesem englisch-französischen Bündnis liegt überhaupt darin, daß man das englische Hindernis damit aus dem Wege räumen will, daß England in dieses französische Bündnisystem hineingezogen werden soll und so als Gegner der französischen Kontinentalpolitik, vor allem der französischen Politik gegenüber Deutschland nicht mehr in Frage kommt. Wenn England bisher ja auch noch keinen wirklichen Verlust gemacht hat, sich Frankreich hindernd in den Weg zu stellen, sich vielmehr damit begnügte, billige Worte zugunsten Deutschlands zu verschütten, so ist doch auch dieses Engagement in Worten etwas, was man in Paris doch ganz gerne aus dem Wege räumen will.

Eine derartige Festlegung Englands vor den französischen Bündniswagen wäre also ein außerordentlich politischer Erfolg Frankreichs und soll als solcher bei den Wahlen gewertet werden. Die Stellung Poincarés ist durch die letzten Bestimmungen doch derart erschütterter, daß er irgend einen großen Erfolg braucht, um sich auf dem förmlich werdenden Gal wieder etwas fester in den Sattel zu setzen. Und Macdonald, dessen Raadgeberigkeit französischen Vorprüden gegenüber in der Militärkontroll-Note schon überdeutlich zum Ausdruck kam, wird gegen eine engere Union vielleicht nichts einzuwenden haben. Besonders dann nicht, wenn der Völkerbund seinen Segen dazu geben soll, wenn diesem wieder einmal eine besondere Aufgabe erteilt, die natürlich lediglich dem „Frieden und der Wohlfahrt“ der Völker dient.

Reichstagswahlen am 4. Mai.

Berlin, 14. März. Der Reichspräsident hat auf Grund des § 8 des Reichswahlgesetzes heute veranlaßt, daß die Hauptwahlen zum Reichstag am 4. Mai stattfinden. Zur Durchführung der Wahl und Sicherstellung des Wahlortes im besetzten Gebiet sind sofort die nötigen diplomatischen Maßnahmen eingeleitet worden.

Der Beginn des Wahlkampfes.

Berlin, 15. März. Nachdem es den Schritten der Deutschen Nationalen Volkspartei nun doch gelungen ist, den Termin für die Reichstagswahlen schon auf den 4. Mai festzusetzen, und alle Bedenken wegen der an diesem Tage eigentlich stattfindenden Gemeindevahlen beseitigt zu sein, setzt der Wahlkampf fast aller Parteien mit Energie ein. Die „Germania“ bringt den Wahlaufbruch des Zentrums, die Demokratische Partei bewirkt für den 24. März Vorstöße und Wahlkreisvorsitzende zur Festlegung der Wahllisten zusammen, die Deutsche Volkspartei hält ihren Parteitag am 28. März in Hannover ab, ihr Parteivorstand tritt heute, der Wahlausbruch am 23. März in Berlin zusammen. Auch auf der linken Seite eine ganz intensive Wahlpropaganda ein. Nur die Deutsche Nationalen Volkspartei scheint es nicht so eilig zu haben, trotzdem gerade sie auf den frühesten Wahlermin drängt. Ihre Wahlkampagne wird erst am 1. April mit dem Parteitage in Hamburg eröffnet werden, nachdem sie am Sonntag, dem 30. März am Grab Bismarcks eine Feier abgehalten hat.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

Reichsminister a. D. Dr. Dernburg ist im Wahlkreis Potsdam II als Spitzenkandidat der Deutschdemokratischen Partei aufgestellt worden. Herr v. Clemens wurde in gleicher Eigenschaft für Berlin benannt, für Düsseldorf: Dr. G. Lehner, für Bielefeld: Dr. G. Lehner, für Schleswig-Holstein: Graf Bennigsen, für Mecklenburg: General Freiherr v. Sponhoffen, für Hannover: Freiherr v. Richthofen, für Altbayern: Schiffer.

Die Deutsche Reichsministerial-Kommission für die Reichstagswahlen hat sich in der Sitzung vom 14. März in Berlin über die Wahlverfahren beraten. Die Kommission hat beschlossen, die Kandidaten mit dem Hinweis bekanntzugeben, daß die Wahlverfahren in den Wahlkreisen durch die Wahlverfahren der Parteien zu bestimmen sind.

Ent

Was der... Nach einer... der Sonder... Kommission... in Koblenz... keine Nach... hatte sich im... Städte der... sönlichkeiten... zwischen f... mission und... vernehm... Ordnung... nung der... Kommission... endet an... im Geg... ans Verm... bis 5 Uhr... fort. Freilassungen... genommen, wenn die Verhafteten, von dem vermutet wird, daß mit ihm Mißbrauch verübt wird. Die Separatisten befinden sich noch im Rathaus.

Griechenland Republik.

Verständigung der Parteien.

Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien, auch mit den Monarchisten, sollen zur Verständigung geführt haben. Der König wird aufgefordert, freitags abzugeben. Dem soll das Recht verbleiben, bis zum Lebensende den Titel eines Königs zu führen mit der Befugnis, vier Fünftel seiner gegenwärtigen Kräfte zu erheben und über die Güter der Krone frei zu verfügen, wobei Latot ausgenommen wird, das vom Staate angekauft werden soll. Weitere Bedingung ist der Verzicht aller Mitglieder des Herrscherhauses auf die Thronfolge. Der innere Friede soll durch folgende Bedingungen erreicht werden: Allgemeine Amnestie, Wiedereröffnung der entlassenen Offiziere der Armee und Flotte und der Beamten nach Aufgabe der Waffentätigkeit; Verkündung der Republik durch die Nationalversammlung und ihre Bestätigung durch Volksentscheid; Wahl von Jannis oder einer anderen allgemein genährten Persönlichkeit zum Präsidenten; Errichtung eines Senats, in dem den Monarchisten zwei Fünftel der Sitze vorbehalten werden; Wahlen zum Parlament unter einer neutralen Regierung.

Die Bedingungen sind durch das Ministerium bereits an den in Bukarest weilenden König mitgeteilt.

Amerikanischer Kredit für Frankreich.

Poincarés Zugeständnisse.

Die Ankündigung des amerikanischen Finanzmannes Morgan in Paris hat die in jüngster Zeit lebhaft gehäuerten Hoffnungen auf einen amerikanischen Kredit an Frankreich aufzuwecken lassen. Die Franzosen und der übrige schlechte Finanzstand brüden zu sehr. Poincaré soll, wie bestimmt versichert wird, bereit sein, für einen ausgedehnten Kredit Amerikas, vielleicht im Umfange von 500 Millionen, auf einen Teil seiner bisher überbrachten Reparationsverpflichtungen zu verzichten und noch zu fordern: Als Reparationssumme nur den vierfachen Kriegsschaden Frankreichs.

Dazu kämen die bekannten Sicherungsmaßnahmen gegen Deutschland, deren Hintergrund die heisse Schmach nach einem Bündnis und Garantievertrag mit England ist. Das amerikanische Staatsdepartement soll geneigt sein, den Kredit an Frankreich zu unterstellen.

Neuregelung der Polizeistunde.

Zu ganzen Reich.

Nach einer Mitteilung von amtlicher Stelle besteht die Absicht, eine gleichmäßige Neuregelung der Polizeistunde für das ganze Reichsgebiet vorzunehmen. Es werden deshalb Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet.

In Berlin soll in den ersten Tagen des April die Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr nachts bereits erfolgen, die bis jetzt auf 12 Uhr festgesetzt war. In den sonstigen Orten des Reichs sind die Verhältnisse bis jetzt je nach den Landesbestimmungen verschieden.

Quidde unter Landesverratsanklage.

München, 17. März.

Nach einer amtlichen Meldung wurde der bekannte Pazifist Professor Dr. Quidde gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München verhaftet. Die Festnahme geschah in Zusammenhang mit einer Verhaftung in der Berliner „Welt am Montag“ vom 10. März. Die gleiche Abhandlung hat Quidde auch als Flugblatt drucken lassen und an die Presse des Auslandes gelangt.

Der französische Artikel in dem Berliner Montagblatt trug den Titel „Die Gefahr der Stunde“ und brachte eine Unterredung über die Frage der Rüstungen. Professor Dr. Quidde kommt dabei auch auf die Gefährdung des Reichswehrministeriums zu sprechen und deutet an — so wird der Artikel angefaßt — daß überall mit Verdacht des Wehrministeriums Truppen ausgeschickt würden. Damit würden die bestehenden Verträge verletzt und die Wege zum Frieden verengt.